

Beitrag 21 vom 23.01.2026: **Nicht zukunftsfähige EU:**

Die Europäische Union hat einige meiner grundlegenden Kritikpunkte an ihr, wie ich sie u.a. in den vorangegangenen Beiträgen 10 und 11 beschrieben und mit nachprüfbaren Fakten nachgewiesen habe, wieder einmal bei der Abstimmung im EU-Parlament am 21. Januar dieses Jahres zum MERCOSUR-Abkommen mit mehreren südamerikanischen Staaten eindrucksvoll bestätigt.

Ich erläutere dies in aller Kürze nachfolgend wiederum anhand nur einiger nachprüfbarer Fakten, um den Rahmen hier nicht zu sprengen, weil sich noch so viel mehr zu diesem Themenkomplex ausführen ließe. Neben den oben genannten Beiträgen aus dieser Rubrik verweise ich daher zudem noch auf die Rubrik ‚Vernunftplattform‘ auf dieser Internetseite und dort auf den Themenbereich 6 ‚Europäische Union‘, in welchem ich einiges etwas ausführlicher beleuchte.

Das Handelsabkommen mit dem Namen ‚MERCOSUR‘ ist gut 25 Jahre zwischen der EU und den südamerikanischen Staaten Brasilien, Argentinien, Paraguay sowie Uruguay verhandelt worden und sollte an diesem 21. Januar endgültig vom EU-Parlament ratifiziert werden. Aber dazu ist es nicht gekommen. Stattdessen wurde es mit einer – wenn auch knappen – Mehrheit zur Prüfung an den Europäischen Gerichtshof überweisen. Eine solche Prüfung verzögert im besten Fall den endgültigen Abschluss um viele Monate, wenn nicht gar um ein bis zwei Jahre. Im besten Fall, wohlgemerkt!

Denn in der Zwischenzeit könnten die südamerikanischen Länder die Geduld mit der EU verlieren oder aber eine erneute Abstimmung im EU-Parlament könnte wiederum gegen dieses Handelsabkommen ausfallen. Vielleicht verhindern aber noch ganz andere Hürden das Zustandekommen dieses Abkommens. Man weiß es nicht.

Aber allein die Verhandlungsdauer von einem Vierteljahrhundert verdeutlicht schon, mit welchem Schnecken tempo Entscheidungsprozesse in dieser EU ablaufen. Dies ist angesichts der aktuellen Weltlage nicht mehr hinnehmbar. So kann die EU überhaupt gar kein wichtiger Akteur in der Welt werden, nicht einmal wirtschafts- und handelspolitisch, geschweige denn verteidigungspolitisch.

Und an dieser grundsätzlichen Einschätzung ändert auch die gemeinsame, starke Haltung europäischer Staaten gegen die Übernahme-

phantasien von US-Präsident Donald Trump hinsichtlich Grönlands nichts: Denn es waren nicht nur EU-Staaten, sondern mit Großbritannien auch ein ehemaliges EU-Mitglied, welche zur Zurückweisung von Donald Trumps Ansprüchen beigetragen haben. Der amerikanische Präsident drohte eine rote Linie zu überschreiten, die letztlich alle Länder in Europa massiv betroffen hätte, wenn nicht sofort, dann doch zukünftig. Daher war die Einigkeit in dieser Frage leicht zu erzielen. Aber, wie ausgeführt, ist dies keineswegs ein Hinweis auf eine grundsätzlich hinreichende Handlungsfähigkeit der EU in ihrer derzeitigen Struktur. Und eine grundlegende Vertragsänderung der EU ist angesichts der politischen Realitäten auf unabsehbare Zeit ausgeschlossen. Das betonen selbst unerschütterliche EU-Anhänger aus so gut wie allen Verantwortung tragenden politischen Parteien in Deutschland sowie in den anderen EU-Ländern.

Ebenfalls bestätigte sich bei dieser Abstimmung im EU-Parlament ein weiterer, wirklich ganz grundlegender Kritikpunkt von mir hinsichtlich des gesamten EU-Systems: Es zeigte sich nämlich, dass die Abgeordneten im zweitgrößten EU-Land – Frankreich – sowie in einem anderen, immer noch relativ großen EU-Land mit mehr als 30 Millionen Einwohnern – Polen – geschlossen gegen dieses Abkommen im EU-Parlament stimmten und zwar von ganz rechts bis ganz links. Sie stimmten dabei ganz bewusst und offen als Franzosen und als Polen ab, weil sie sich eben zuallererst als Vertreter der Interessen ihrer Nationalstaaten sehen. Sie sind nun einmal zuerst Franzosen und Polen, nicht Europäer und das über alle Parteigrenzen hinweg! Das beweist ein weiteres Mal meine grundsätzliche Aussage, dass es kein europäisches Staatsvolk gibt. Die Menschen fühlen sich nun einmal in ihrer großen Mehrheit zunächst ihrer jeweiligen Nation verbunden. Da es also dieses europäische Staatsvolk im Empfinden der allermeisten Menschen in Europa nicht gibt, entfällt der eine Demokratie überhaupt erst konstituierende Teil, nämlich der dazugehörige Demos, das Volk. Die von mir kritisierten grundlegenden EU-Systemfehler beruhen eben genau darauf. Und die realpolitischen Folgen können wir ein ums andere Mal erleben. Statt also an einem so ganz offenbar nicht zukunftsfähigen Projekt festzuhalten, muss Deutschland perspektivisch auf anderem Weg in Europa und darüber hinaus Bündnispartner suchen. Das heißt aber keineswegs, dass man alle positiven Errungenschaften der derzeitigen EU einfach über Bord schmeißen sollte. Nein,

man sollte vor allem versuchen, den gemeinsamen Markt zu erhalten oder sogar auszubauen, zumindest mit den Ländern, die dazu bereit sind. Auch die Zusammenarbeit im wissenschaftlich-technologischen Bereich, der Raumfahrt, der Kultur und Bildung (z.B. Erasmus Programm) und einiges mehr sollte fortgeführt und, wenn möglich, vertieft werden.

Es sollten sich dafür aber die Länder in Europa zusammenfinden, die all das auch wollen und sich dabei nicht von kurzsichtig-egoistisch gesinnten Ländern aufhalten oder gar blockieren lassen, wie es allzu oft bisher geschehen ist und wohl auch weiterhin geschehen wird, wenn wir in der EU so weitermachen, wie bisher. Das gilt angesichts der aktuellen Weltlage besonders im Hinblick auf die Verteidigungspolitik. Realistischerweise muss es sich dabei um eine Gemeinschaft der Vaterländer handeln, aber nicht in einem nationalistischen, sondern aufgeklärt-vernünftigen, patriotischen Sinne unter Beachtung der besonderen Identifikation mit dem jeweiligen eigenen Heimatland. Denn nur so erreicht man die unbedingt notwendige demokratische Legitimation, welche aus grundsätzlichen Gründen wie aus jenen der politisch-praktischen Realisierung von wichtigen Vorhaben erforderlich ist. Und wie richtig ich mit dieser Einschätzung liege, hat nicht zuletzt das Abstimmungsverhalten im EU-Parlament zum ‚MERCOSUR-Abkommen‘ bewiesen.

Ich befürchte allerdings, dass im wesentlichen alles beim Alten bleibt und dass die EU und damit auch Deutschland immer weiter gegenüber derzeit führenden sowie aufstrebenden Nationen in der Welt zurückfallen und infolgedessen an Bedeutung verlieren wird und zwar in einem bisher nicht gekannten Tempo. Das Erwachen wird dann allerdings umso schmerzhafter sein. Dennoch will ich nicht alle Hoffnung auf Besserung fahren lassen und verweise u.a. auf meine Vorschläge in mehreren Beiträgen auf dieser Internetseite, wie es besser laufen könnte und vor allem auch sollte.

Das bedeutet zunächst einmal, dass wir uns in Deutschland von lieb gewonnenen Fehleinschätzungen, Illusionen sowie Lebenslügen verabschieden müssen, um dann den Blick für realistische, erfolgversprechende Wege überhaupt erst frei zu bekommen. Ich verweise nochmals auf Beiträge nicht nur in dieser Rubrik, sondern vor allem auch auf einige in der ‚Vernunftplattform‘ dieser Seite.